



Wirtschaft

Warnungen aus USA vor Export von desaströsem EU-Wirtschaftsmodell

10. Dezember 2025

3,7 Minuten Lesezeit

von [Dr. Peter F. Mayer](#)

Die Eurotards zerstören mit ihren ausufernden Vorschriften und den steigenden Energie- und Bürokratiekosten Europas Wirtschaft. Gleichzeitig verlangt die EU, dass sich auch Unternehmen außerhalb der EU daran halten. Auch aus den USA kommt nun Widerstand dagegen.

US-Gesetzgeber und Industrieverbände verstärken ihre Kritik an der Richtlinie der Europäischen Union zur Sorgfaltspflicht für die Nachhaltigkeit von Unternehmen (CSDDD). Sie warnen davor, dass die bevorstehenden Klima- und Lieferkettenvorschriften den US-Unternehmen hohe Compliance-Kosten auferlegen und die Preise für die Verbraucher erhöhen könnten. Trotz interner Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten und Druck aus Washington treibt die EU-Bürokratie die Richtlinie weiter voran.

Senator Tom Cotton [erklärte \(https://washingtonreporter.news/p/exclusive-sen-tom-cotton-nam-and\)](https://washingtonreporter.news/p/exclusive-sen-tom-cotton-nam-and) gestern gegenüber dem *Washington Reporter*, dass die EU „versucht, ihr katastrophales Wirtschaftsmodell zu exportieren, indem sie amerikanische Unternehmen zwingt, Lieferketten- und Klimaregeln einzuhalten, die ihre Vertreter entschieden abgelehnt haben“. Er bezeichnete die Richtlinie als Verletzung der Souveränität der USA.

Republikanische Kongressabgeordnete haben den Widerstand angeführt. Der Vorsitzende des Finanzdienstleistungsausschusses des Repräsentantenhauses, French Hill, sowie die Abgeordneten Ann Wagner und Andy Barr und die Senatoren Tim Scott und Bill Hagerty haben kürzlich einen Brief an das US-Finanzministerium und den Nationalen Wirtschaftsrat geschickt.

Sie argumentierten, dass die Richtlinie die Gefahr berge, „amerikanischen Unternehmen europäische Standards aufzuzwingen“, die Wettbewerbsfähigkeit der USA zu untergraben und die Klima- und Arbeitspolitik der EU effektiv auf den US-Markt zu exportieren.

Auch der Verband der US-amerikanischen Hersteller (NAM) warnte davor, dass die CSDDD weitreichende Auswirkungen auf die Lieferketten in den USA haben könnte.

Charles Crain, Vizepräsident für Politik beim NAM, erklärte gegenüber dem

Washington Reporter, dass die Verordnung „neue Compliance-Kosten für die gesamten Lieferketten in den USA mit sich bringen würde“. Er fügte hinzu, dass eine aktuelle Studie darauf hindeute, dass US-Unternehmen mit zusätzlichen Kosten in Höhe von bis zu 1 Billion US-Dollar (860 Milliarden Euro) rechnen müssten.

Crain sagte, diese Kosten würden letztendlich über höhere Preise, auch für Energie, auf die US-Verbraucher umgelegt werden.

Das American Petroleum Institute schloss sich diesen Bedenken an und erklärte: „Überzogene EU-Vorschriften wie die CS3D bergen die Gefahr, das Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks zu verlangsamen“ und könnten den Zugang zu „zuverlässiger, erschwinglicher Energie“ beeinträchtigen.

Trotz neuer Bemühungen der EU, die schlimmsten Auswüchse der CSDDD zu reduzieren (<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/12/09/council-and-parliament-strike-a-deal-to-simplify-sustainability-reporting-and-due-diligence-requirements-and-boost-eu-competitiveness/>), blieb die NAM negativ eingestellt.

Auch innerhalb Europas ist die Richtlinie umstritten, da rechtsgerichtete Parteien die neuen Vorschriften ablehnen und negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Industrie befürchten.

Die Progressiven hingegen befürworteten sie und unterstützen die ursprünglichen Ziele der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen und der Sorgfaltspflichten, da sie wollen, dass die EU weltweit Maßstäbe setzt.

Crain merkte an, dass NAM und andere Handelsverbände seit mindestens 2023 Bedenken äußern und sich weiterhin bemühen, die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit in den USA zu informieren.

Er sagte, die Organisation arbeite „mit anderen Handelsverbänden

zusammen, schalte Anzeigen in Newslettern und arbeite mit der Trump-Regierung zusammen“, um Ausnahmeregelungen für US-Unternehmen zu erreichen oder die EU zu einer Kehrtwende zu bewegen.

„Zum Jahresende ermutigen wir den Kongress, die Bemühungen der Regierung zu unterstützen, die EU zur Aufhebung der CSDDD oder zur Ausnahmeregelung für US-Unternehmen zu bewegen“, sagte Crain und warnte, dass die Richtlinie „den Handel gefährden, die Energiesicherheit beeinträchtigen und die Wettbewerbsfähigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks schädigen“ werde, wenn sie in ihrer jetzigen Form umgesetzt werde.

Die CSDDD zielt darauf ab, große Unternehmen, die in der EU tätig sind, zu verpflichten, in ihren globalen Lieferketten Sorgfaltspflichten in Bezug auf Umwelt-, Menschenrechts- und Arbeitsstandards zu erfüllen.

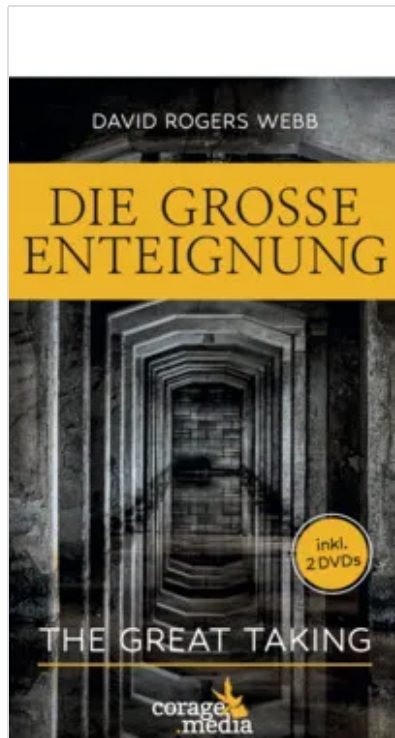
Obwohl die Vorschriften formal nur für Unternehmen gelten, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten und auf dem EU-Markt verkaufen, argumentieren US-Beamte und Branchenvertreter, dass die Folgewirkungen Tausende kleinerer Unternehmen treffen könnten, die größere Exporteure beliefern.

Die EU-Institutionen werden die Verhandlungen über die Richtlinie voraussichtlich bis 2026 fortsetzen. Nach ihrer Verabschiedung und Veröffentlichung müssen die Mitgliedstaaten sie bis zum 26. Juli 2027 umsetzen, wobei die Vorschriften ab 2028 schrittweise in Kraft treten und bis zum 26. Juli 2029 vollständig gelten sollen.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um [Unterstützung](#).

Folge TKP auf [Telegram](#) oder [GETTR](#) und [abonniere unseren Newsletter](#).

WERBUNG



US-Energiewende: Klimapolitik wird abgeschafft um Netzstabilität zu schützen (<https://tkp.at/2025/07/25/us-energiewende-klimapolitik-wird-abgeschafft-um-netzstabilitaet-zu-schuetzen/>)

USA drohen mit Austritt aus der IEA wegen unrealistischer Vorgaben für die „Energiewende“ (<https://tkp.at/2025/07/23/usa-drohen-mit-austritt-aus-der-iea-wegen-unrealistischer-vorgaben-fuer-die-energiewende/>)

Die offizielle neue US-Strategie (<https://tkp.at/2025/12/07/die-offizielle-neue-us-strategie/>)

Der Plan hinter der Deindustrialisierung (<https://tkp.at/2025/11/05/der-plan-hinter-der-deindustrialisierung/>)